

# Der Sächsische Erzähler

Bischofswerdaer

Tageblatt



Einziges Tagesblatt im Amtsgerichtsbezirk Bischofswerda und den angrenzenden Gebieten

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft, der Schulinspektion und des Hauptzolamts zu Bautzen, des Amtsgerichts, des Finanzamtes und des Stadtrats zu Bischofswerda.

Unabhängige Zeitung für alle Stände in Stadt und Land. Dichteste Verbreitung in allen Volksschichten

Beilagen: Sonntags-Unterhaltungsblatt und Landwirtschaftliche Beilage  
Geschäftsstelle Bischofswerda, Altmarkt 15. — Druck und Verlag des  
Buchdruckers Friedrich May & Co. m. b. H. in Bischofswerda. Fernspr. Nr. 27

**Arbeitsverhältnisse:** Jeden Werktag abends für den folgenden Tag. Bezugspreis für die Zeit vom 1. Jan. bis 1. Febr.: Frei ins Haus vierzehntägig Mk. 1.10, beim Abholen in der Geschäftsstelle wöchentlich 50 Pfg. Einzelnummer 15 Pfg. — Alle Postanstalten, sowie unsere Zeitungsabnehmer und die Geschäftsstelle nehmen jedwede Bestellungen entgegen.

**Postfachkonto:** Amt Dresden Nr. 1521. Gemeindeverbandsgroßkasse Bischofswerda Konto Nr. 64.  
Im Falle höherer Gewalt — Krieg oder sonstiger irgend welcher Störung des Betriebes der Zeitung oder der Besondereinrichtungen — hat der Bezugsnehmer keinen Anspruch auf Vorkauf oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises.

**Anzeigenpreis (in Goldmark):** Die 43 mm breite einseitige Grundzeile 20 Pfg., örtliche Anzeigen 15 Pfg., die 50 mm breite Reklamezeile (im Textteil) 50 Pfg. Zahlung in Papiermark zum amtlichen Briefkurs vom Zahlungstag, jedoch nicht niedriger als zum Kurs vom Tage der Rechnung. — Rabatt nach Tarif für Sammelanzeigen tarifm. Ausschlag. — Erfüllungsort Bischofswerda

Nr. 23.

Mittwoch, den 28. Januar 1925.

80. Jahrgang

## Tageschau.

\* Die zweite Räumungsnote der Entente ist am Montag in Berlin überreicht worden. Die Reichsregierung wird am Dienstag bereits die Note beantworten.

Der russische Botschafter in Paris, Krassin, reiste nach Moskau, wohin auch die russischen Botschafter in Berlin und London berufen wurden, um über die Lage in Frankreich, Deutschland und England Bericht zu erstatten.

\* Nach Meldungen aus Washington seien die maßgebenden Kreise der amerikanischen Regierung gegen die Fortsetzung der Sanktionspolitik.

Zu den mit \* bezeichneten Meldungen finden die Leser ausführliches an anderer Stelle.

## Die neue Räumungsnote.

Berlin, 27. Januar. (Draht.) Die Botschafter Englands, Frankreichs und Japans, sowie der belgische Gesandte und der italienische Geschäftsträger haben gestern mittig 12 1/2 Uhr im Auftrage ihrer Regierungen dem Reichskanzler eine neue Kollektionsnote über die Frage der Räumung der nördlichen Rheinlandzone übergeben. Der englische Botschafter erklärte bei der Übergabe der Note, daß sie eine Antwort der alliierten Regierungen auf die deutsche Note vom 6. Januar d. Js. darstelle. Er fügte hinzu, daß die alliierten Regierungen beabsichtigen, eine weitere, dritte Note auszufertigen, sobald als möglich der deutschen Regierung zukommen zu lassen.

Der Reichskanzler nahm die Note entgegen und erklärte, daß er von ihrem Inhalt Kenntnis nehmen und sofort eine Beschlussfassung des Kabinetts darüber herbeiführen werde. Er fügte hinzu, die Reichsregierung habe allerdings erwartet, daß sie in dieser äußerst wichtigen Angelegenheit nicht noch einmal eine vorläufige Mitteilung der alliierten Regierungen, sondern das angekündigte Material erhalten würde, mit dem die Nichträumung der nördlichen Rheinlandzone begründet werden sollte. Er nehme Akt von der Erklärung des englischen Botschafters, wonach die alliierten Regierungen der Reichsregierung dieses Material so bald als möglich zugehen lassen wollten, könne aber nur noch einmal dem dringenden Verlangen Ausdruck geben, daß dem gegenwärtigen Schwerezustand nunmehr alsbald ein Ende gemacht werde.

## Der Wortlaut.

Wid. Berlin, 27. Januar. (Draht.)

Die von den alliierten Vertretern heute mittig dem Reichskanzler übergebene neue Kollektionsnote in der Räumungsfrage hat folgenden Wortlaut:

„Die alliierten Regierungen haben von der von Herrn Dr. Stresemann am 6. Januar an die alliierten Vertreter in Berlin gerichteten Note Kenntnis genommen, womit die frühere Note der alliierten Regierungen beantwortet wurde, die sich auf die Durchführung der Bestimmungen des Artikels 249 des Friedensvertrages über die Befestigung des als Rheinzone bezeichneten Teiles der von alliierten Truppen besetzten rheinischen Gebiete bezog. Die alliierten Regierungen haben im gegenwärtigen Augenblick nicht die Absicht, mit der deutschen Regierung in eine Erörterung dieser Angelegenheit einzutreten oder sich auf Behauptungen einzulassen, die sie in keiner Weise anerkennen können. Wie sie der deutschen Regierung bereits in ihrer Kollektionsnote vom 6. Januar mitgeteilt haben, werden sie ihr später eine neue Mitteilung zukommen lassen, die festlegt, welche Maßnahmen sie von Deutschland noch erwarten, damit seine Verpflichtungen im Sinne des Artikels 429 des Vertrages von Versailles als getreulich erfüllt angesehen werden können. Die alliierten Regierungen haben die Absicht, diese Mitteilung zu einem möglichst nahen Zeitpunkt zu machen. Schon jetzt müssen sie indes die deutsche Regierung darauf hinweisen, daß diese die Tragweite der Artikel 428 und 429 des Vertrages von Versailles zu erkennen scheint. Diese Artikel haben die Dauer der Befestigung der rheinischen Gebiete auf fünfzehn Jahre festgesetzt und haben eine Abkürzung dieser Frist nur für den Fall vorgesehen, daß Deutschland die Bedingungen des Vertrages von Versailles getreulich erfüllt. Da gewisse Bedingungen dieses Vertrages nicht getreulich erfüllt worden sind, können die alliierten Regierungen sich nur an die Vertragsbestimmungen halten. Es ist Sache Deutschlands, durch Erfüllung seiner Verpflichtungen die alliierten Regierungen in dem Befestigungsregime die im Artikel 429 vorgesehene Milderung eintreten zu lassen. Die alliierten

Regierungen haben ihrerseits die Absicht, die Bestimmungen dieses Artikels aufs genaueste zu erfüllen.“

Die Reichsregierung ist sich in ihrer Sitzung am Montag über die Antwort schuldig geworden, die den alliierten Vertretern am Dienstag vormittag gestellt und alsdann veröffentlicht werden wird.

Unser Berliner Vertreter meldet noch hierzu: Minister Dr. Stresemann hält es für notwendig, daß Artikel 429 des Versailler Vertrages nochmals von Deutschland in der präzisesten Form interpretiert wird, denn es handelt sich in erster Linie darum, daß der Beginn der Räumungsfrist von der Gegenseite prinzipiell anerkannt wird.

## Wirtschaftsverhandlungen und Räumungsfrage.

(Eigener Informationsdienst.)

Berlin, 27. Januar. (Drahtmeldung.) Wie wir aus außenpolitischen Kreisen erfahren, hält die französische Regierung noch immer daran fest, vor einem Zustandekommen deutsch-französischer Abmachungen über die Wirtschaftsbeziehungen keinerlei Zugeständnisse in der Räumungsfrage zu machen. Durch diesen französischen Standpunkt werden die deutsch-französischen Wirtschaftsverhandlungen auch weiter erschwert, da man sich deutscherseits auf den Standpunkt stellt, daß es unmöglich sein würde, französische Zugeständnisse durch Konzessionen in den Wirtschaftsfragen zu erkaufen. Die französischen Vorschläge könnten nur dann von Deutschland angenommen werden, wenn die für die deutsche Wirtschaft unannehmbaren Punkte von Frankreich fallen gelassen werden.

Paris, 26. Januar. (Draht.) Die französische Delegation für die deutsch-französischen Wirtschaftsverhandlungen hat der deutschen Delegation heute abend 7 Uhr ein umfangreiches Schriftstück überreicht, das die Antwort auf die Rückfragen enthält, welche die deutsche Delegation am 23. d. M. zur Ergänzung der französischen Vorschläge vom 15. und 17. Januar gestellt hatte. Die deutsche Delegation ist sofort zum Studium der französischen Antwort zusammengetreten.

## Einbruch

### bei der deutschen Handelsdelegation.

Das „Berliner Tageblatt“ meldet aus Paris, daß Montag morgen in der deutschen Handelsdelegation ein Einbruch verübt worden ist. Einem Legationsrat wurde die Brieftasche mit 500 Mark deutschen Geldes, einer Summe französischen Geldes und seinem Paß gestohlen. Eine Stenotypistin ermahnte, als die beiden Einbrecher in ihr Schlafzimmer eingedrungen waren. Einer der Diebe zwang sie durch Drohungen, sich ruhig zu verhalten, während der andere Schmuckstücken zusammenpackte.

## Amerika gegen die Fortsetzung der Sanktionspolitik.

Der Korrespondent der „Times“ in Washington schreibt im Anschluß an die Rede von Coolidge, daß in Washington alle Welt mit Ausnahme von Harney und einer Gruppe unverständlicher Senatoren mit der letzten Erklärung einverstanden sei, welche Staatssekretär Hughes mit Bezug auf das Pariser Abkommen abgab. Man sei überzeugt und zufrieden, daß die Vereinigten Staaten vollständig freie Hand behalten hätten, um ihre Politik so einzurichten, wie man sie in Washington für richtig halte, und wie sie durch die Haltung der Alliierten gegenüber gegeben wäre. Wenn die Alliierten einen Versuch machen wollten, Deutschland so zu zwingen, wie es im Falle der Ruhe geschehen sei, oder wenn man Miene machen wollte, eine ständige Kontrolle über Deutschland einzuführen, so sei es sicher, daß die amerikanische Regierung nicht mitmachen werde und daß die gesamte öffentliche Meinung in der Union hinter der Regierung stehen würde. Außerdem dürfe man nicht übersehen, daß durch das Pariser Abkommen auf diese Weise den Amerikanern eine starke moralische Waffe in die Hand gegeben würde, so daß die Haltung der Vereinigten Staaten unter Umständen den Alliierten sehr unangenehm werden könnte, wenn sie nämlich eine Politik einschlagen, die nicht zu den Idealen passe, welche man in Amerika verfolge. Der „Times“-Korrespondent weist darauf hin, daß Coolidge den Damesplan ausdrücklich als einen Versuch der Rehabilitierung bezeichnete. Denn nach seiner Auffassung und nach Auffassung der Amerikaner überhaupt hänge der Erfolg des Damesplanes nicht nur von Deutschlands Willen ab, son-

dern auch von der Haltung der Alliierten, besonders von der Haltung Großbritanniens.

## Die preussische Regierungsfrage.

(Eigener Informationsdienst.)

Berlin, 27. Januar. (Drahtmeldung.) In der preussischen Regierungsfrage ist eine Entscheidung vor Donnerstag kaum zu erwarten. Da die Zentrumsfraktion sich vorläufig noch nicht festgelegt hat, besteht immer noch die Möglichkeit, daß die bürgerlichen Parteien, mit Ausnahme der Demokraten, zu einer Einigung gelangen werden. Die Aussichten hierfür sind allerdings zur Zeit noch sehr gering, da das Zentrum unter keinen Umständen ohne die Demokraten an der preussischen Regierung teilnehmen will. Für die Deutsche Volkspartei steht es schon jetzt fest, daß eine Wiederherstellung der großen Koalition, in welcher Form es auch sein möge, nicht in Frage kommen kann. Die Sozialdemokraten und die Demokraten beabsichtigen, das Zentrum dadurch zu gewinnen, daß sie bei der Wahl des Ministerpräsidenten auf einen Linkskandidaten verzichten und für den Zentrumskandidaten stimmen werden. Dadurch könnte das Zentrum gezwungen werden, an der bisherigen Koalition in Preußen festzuhalten.

## Das Reich und das bayerische Konkordat.

(Eigener Informationsdienst.)

Berlin, 27. Januar. (Draht.) Wie wir hören, wird die Reichsregierung nach der erfolgten Ratifizierung des bayerischen Konkordats einige Rückfragen an die Münchener Regierung richten, die sich hauptsächlich darauf beziehen, wie die bayerische Regierung bei der praktischen Durchführung zu verfahren gedenke, und welche Rückfragen sich daraus für das Reich bei einer Lösung der Frage des Reichsschulgesetzes ergeben könnten. Es ist selbstverständlich, daß an einen Einspruch des Reiches gegen das bayerische Konkordat nicht zu denken ist.

## Die innenpolitische Krise in Rußland.

Trozkis Entlassung.

Das, was man bis zum letzten Augenblick noch nicht für möglich gehalten hätte, woran man nicht recht glauben wollte, ist zur Tatsache geworden: Leo Dawydowitsch Trozki-Bronstein ist zurückgetreten.

Bisher verlautet über den endgültigen Bruch Trozkis mit Sinowjew-Stalin folgendes: Trozki hat an das Zentralkomitee der Partei einen Brief gerichtet, in welchem er die gegen ihn anlässlich seines Buches „1917“ gerichteten Angriffe als unberechtigt zurückweist. Im weiteren Verlauf des Schreibens bietet er seine bisherige unentwegte Arbeit auch weiter an, jedoch nicht unter einer diktatorischen Aufsicht. Da diesbezüglich aber die Meinungsverschiedenheiten kaum überbrückbar sind, bietet Trozki seinen Rücktritt als Vorsitzender des höchsten revolutionären Kriegsrates an. — Das Zentralkomitee, das sich in dieser Sitzung mit dem Schreiben und Verhalten Trozkis zu beschäftigen hatte, verurteilte einstimmig sein Verhalten und ließ seinen Rücktritt als Vorsitzender des höchsten revolutionären Kriegsrates gut. Letzterer Entschluß fiel bei zwei Stimmenabstimmungen.

Die Tatsache ist insofern von außerordentlicher Bedeutung, als der nunmehr zurückgetretene Trozki neben Lenin die bekannteste Persönlichkeit unter den Bolschewisten war.

Inwiefern sich der Rücktritt Trozkis auf den Gang der innenpolitischen Ereignisse der nächsten Zeit und in welchem Maße er sich auswirken wird, läßt sich im Augenblick noch nicht übersehen. Viele halten den soeben erfolgten Schritt Sinowjew-Stalin in Anbetracht der ungeklärten innenpolitischen Lage immerhin für gewagt; andere wieder meinen, daß die Angelegenheit Trozki, die eigentlich schon mit Unterbrechung 1 1/2 Jahre andauert, so oder so hätte entschieden werden müssen, weil, sonst eine Zerspaltung der Partei zu befürchten gewesen wäre.

Der Rücktritt Trozkis ist das bei weitem interessanteste Ereignis der letzten Zeit, hatten doch Trozki und Dzerzhinski gerade die verantwortungsvollsten Posten inne, auf die sich das Bestehen der Sowjets stützt: Trozki die Armee, Dzerzhinski die Tscheka. Der Entschluß, diese angesehenen Persönlichkeiten zu beseitigen, war gewiß nicht so leicht gefaßt und die meisten haben wohl bis zuletzt nicht daran glauben wollen, daß Sinowjew-Stalin es wirklich wagen würde. Es ist in der Tat ein Wagnis! Vermutlich begte man wegen der roten Armee starke Befürchtungen.